

Die Niederlande 2011

Marij Leenders

Die Regierung von Mark Rutte, die nach mühsamen Koalitionsverhandlungen im Oktober 2010 ins Amt kam, sorgt nicht nur in den Niederlanden, sondern auch bei den europäischen Partnern für viel Wirbel. Die Hauptsorge nicht nur der Liberalen Demokratischen Fraktion im EP (ELD) gilt der Abhängigkeit der neuen Regierung von der Unterstützung durch die rechtsradikale Partij voor de Vrijheid (PVV). Die Koalition wurde nach den Wahlen am 9. Juni 2010 gebildet, aus denen die liberale VVD als größte Partei und die CDA als größter Verlierer (minus 20 Sitze) hervorgingen, während die PVV ein Plus von 15 Sitzen verzeichnen konnte. Im Senat (*Eerste Kamer*) konnte die neue Regierung erst nach den indirekten Wahlen im Mai 2011 eine kleinstmöglichen Mehrheit von 38 Sitzen für sich verbuchen und brauchte dazu neben der PVV auch die orthodox-christliche SGP. Obwohl die *Eerste Kamer* ihre Distanz zur Tagespolitik hält, wurde auch sie durch dieses Ergebnis politisiert. Eine Minderheitsregierung, die in der *Tweede Kamer* erst durch die Tolerierung einer Nichtregierungspartei auf 76 der 150 Sitze kommt, ist ein Novum in der niederländischen Politik.

Hauptziele der Regierung Rutte sind unter dem Motto „Freiheit und Verantwortlichkeit“ das Gesundshrumpfen des Staatshaushaltes, die Bekämpfung der Folgen der Wirtschaftskrise, das Einschränken der Immigration und die Sicherheit der Bürger. Am 30. September präsentierte das Kabinett sein Regierungs- und Tolerierungsabkommen, in dem Themen wie Immigration, Integration und Asylfragen, Sicherheit und Altenpflege hoch im Kurs standen (nur der zweite Teil wurde von der PVV unterzeichnet). Manche der vorgestellten Maßnahmen wie das Burka- und Kopftuchverbot, der Verlust der niederländischen Nationalität für straffällige Bürger mit doppeltem Pass oder Einschränkung der Immigration sind zu einem nicht unerheblichen Teil Symbolpolitik für die Galerie, die aber die politische Debatte prägt, vor allem zum Vorteil des PVV-Vorsitzenden Geert Wilders.

Das Regierungsabkommen beinhaltet Sparmaßnahmen in Höhe von fast 18 Mrd. Euro: Die Gehälter der Staatsbediensteten werden eingefroren, einige Ministerien zusammengelegt, die Zahl der Polizeibezirke reduziert, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen schmerzliche Einschnitte verkraften. Die staatliche Rente wird gesichert, indem gemäß eines Vorschlags der sozialen Partner ab 2020 das Rentenalter auf 66 und 2025 auf 67 Jahre erhöht wird. Dagegen werden für Altenpflege 0,5 bis 0,75 Mrd. € extra zur Verfügung gestellt. Das Budget für Entwicklungszusammenarbeit wird gleichzeitig von 0,8 auf 0,7 Prozent des BNP gekürzt. Allgemeines Empfinden ist, dass die PVV das Regierungs- und Tolerierungsabkommen in starkem Maße bestimmt hat.

Wählerumfragen vom Juni 2011 zeigen trotz der Einschnitte Zuwachs für die liberale Regierungspartei (38 statt 31 Sitze).¹ Die andere Regierungspartei CDA dagegen bezahlt die Rechnung und profitiert auch nicht von der guten Presse ihres Finanzministers De Jager, der nicht nur von seinen EU-Kollegen ob des Sparpaketes (Reduzierung der Ausgaben und Anhebung des Renteneintrittsalters statt Steuererhöhungen) gelobt wird, sondern auch eine

¹ <http://www.synovate.nl/content.asp?targetid=621>.

profilierter Rolle in den Verhandlungen über die griechische Krise spielte. Es ist die PVV, die von der griechischen Krise profitiert, indem sie Griechenland zusätzliche Finanzmittel verweigert.² Obwohl das Kabinett laut Umfragen auch im Juni 2011 mit 76 Sitzen rechnen konnte, verschieben sich die Verhältnisse innerhalb der parlamentarischen Mehrheit.

Für 2011 darf die Regierung beim Wirtschaftswachstum auf ein kleines Plus hoffen.³ Nach der zweiten Schätzung des *Centraal Planbureau* für 2011 wird die niederländische Wirtschaft in diesem Jahr 2 Prozent und 2012 1,75 Prozent zulegen. Die Arbeitslosigkeit wird im nächsten Jahr voraussichtlich unter 4 Prozent liegen. Das EWU-Defizit sinkt rapide: 5,4 Prozent des BNP 2010 und 2,2 Prozent 2012.

Die Ergebnisse einer regelmäßigen Umfrage des *Sociaal Cultureel Planbureau* bezüglich der Perspektive der Bürger waren im ersten Quartal 2011 bemerkenswert: Zum ersten Mal seit 2008 hat eine Mehrheit der Niederländer das Gefühl einer Entwicklung in die richtige Richtung. Der Optimismus stieg von 26 auf 32 Prozent. Die Leiter der Studie führen den positiven Trend auf die Pläne der neuen liberal-konservativen Regierung zurück, besonders auf die Kriminalitätsbekämpfung und die Sicherheitsagenda. Eine Mehrheit der Befragten hat volles Vertrauen in Regierung und Parlament, 56 Prozent meinen, dass über Einwanderer zu negativ gesprochen wird, während 54 Prozent befürchten, dass die Niederlande dabei sind, ihre nationale Identität zu verlieren.

Im Vergleich zur Frühjahrsumfrage 2009 sind die Niederländer dem Euro und der EU gegenüber skeptischer geworden. Immer weniger Bürger sehen die Vorteile des Euro in der Krise (32 statt 44 Prozent). Die meisten gestehen ein, dass sie die Mechanismen der Eurokrise nicht wirklich durchschauen. Viele (58 Prozent) befürworten eine erneute Finanzspritze, aber nur unter der Bedingung, dass der Euro als solcher bedroht sei und dass es strenge Rahmenbedingungen gibt. Ähnliche Bedingungen werden für den Beitritt zur Eurozone und zur Union geltend gemacht. Die Nothilfe für die gefährdeten Eurostaaten wird als Solidaritätsleistung betrachtet.⁴ Dass auch das Eigeninteresse der Niederlande dabei eine Rolle spielt, wird selten erwähnt.

Die Niederlande und die Europäische Union

Die Unterstützung der in Not geratenen EU-Staaten ist in der niederländischen Politik ein „hot issue“. Im Oktober 2010 vertrat Mark Rutte sein Land beim europäischen Gipfel, der ganz im Zeichen der strikten Sanktionen für „Eurosünder“ stand. Er ist einer von ganz wenigen liberalen Regierungschefs in Europa und kann somit anders als sein christdemokratischer Vorgänger Jan-Peter Balkenende nicht auf automatische Unterstützung durch gleichgesinnte Kollegen rechnen. In der Frage der Einrichtung eines permanenten Rettungsfonds gehörten die Niederlande zu den Befürwortern, unter der harten Bedingung, dass der IWF einbezogen würde. Sogar eine Vertragsänderung wurde hierzu in Erwägung gezogen. Den Haag erklärte sich bereit, 2,5 Mrd. zum Garantiefonds von 85 Mrd. Euro für Irland beizusteuern. Die Sozialdemokraten unterstützten diese Entscheidung nur nach dem Versprechen, dass die mögliche Abschreibung dieser Garantiesumme nicht auf die Bereiche Gesundheit, Bildung

² Idem.

³ <http://www.cpb.nl/cijfer/kortetermijnraming-juni-2011-economische-groei-trekt-iets-aan>.

⁴ Siehe für weitere Informationen: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb74/eb74_publ_en.pdf.

und soziale Sicherheit abgewälzt werden dürfe. Die Regierungsparteien VDD und CDA brauchten in dieser Frage die Stimmen der PvdA, da nicht nur GroenLinks und D'66, sondern auch Tolerierungspartner PVV ihre Zustimmung verweigerten. D'66 und GroenLinks warnten vor einer Kopplung von Unterstützung für Irland und innenpolitischen Problemen: Die Finanzmärkte könnten auf die mangelnde Einheit in der EU negativ reagieren. Die liberale Fraktion befürwortete noch strengere Bedingungen für Länder (bislang Griechenland und Irland), die beim Notfonds für Unterstützung anklopfen. Wenn diese den Staatshaushalt nicht umgehend sanieren, müsse man überlegen, das EU-Stimmrecht und den Zugang zu europäischen Subventionen zu entziehen. Premierminister Rutte und Finanzminister De Jager warnen vor dieser noch härteren Gangart. Im März 2011 stimmte die *Tweede Kamer* mit großer Mehrheit für die Teilnahme am Europakt, der einer neuen Eurokrise vorbeugen soll.⁵ Der Ruf der euroskeptischen PVV nach einem Referendum war vergeblich. Am „Verantwortungstag“, wenn die Regierung für die geführte Politik im Parlament Rede und Antwort stehen muss, sorgte PVV-Chef Geert Wilders für Aufsehen, indem er als Tolerierungspartner die Regierung wegen der Finanzhilfe für das krisengeschüttelte Griechenland harsch attackierte. Er drohte damit, seine Unterstützung der Regierung zu widerrufen, sollte diese Hilfe auf Kosten des Staatshaushaltes gehen. Premierminister Rutte bezeichnete Wilders Position als „gänzlich verantwortungslos“.⁶

Beim Gipfeltreffen in Brüssel im Oktober 2010 stellten die Niederlande sich in Bezug auf den EU-Haushalt quer und forderten in manchen Punkten Nachbesserungen. Zusammen mit Deutschland drohten die Niederlande mit einem Veto zum EU-Haushalt. Laut De Jager war die Begründung der EU-Ausgaben ungenügend. Im Gegenzug warf die Europäische Kommission den Niederlanden und manchen anderen Mitgliedsländern vor, nicht „im Geiste“ Europas zu agieren. Viele Europarlamentarier empörten sich über die unnachgiebige Haltung der Niederlande in der Frage des neuen EU-Haushaltes. Auch auf anderen Politikfeldern trat die niederländische Regierung entschieden für eine strengere Herangehensweise Europas ein und forderte klare Abmachungen bezüglich Immigration, gemeinsamer Außenpolitik und einer kohärenten Strategie gegen die Wirtschaftskrise. In der *Tweede Kamer* stellte die ChristenUnie, unterstützt von der PVV und der gesamten Opposition mit Ausnahme der proeuropäischen D'66 den Antrag, die Regierung dazu aufzufordern, sich bei den Haushaltsdebatten in Brüssel klar und deutlich von jeglicher Bewegung in Richtung einer Politischen Union zu distanzieren. Die Parteien befürchteten, weiter Souveränität an die EU zu verlieren.⁷

Eine prinzipielle Frage in Bezug auf Europa ist für Regierung und Parlament das Beitrittsgesuch Serbiens. Die Außenminister Verhagen und später Rosenthal sprachen sich bereits früher gegen Handelsabkommen mit Belgrad und eine Mitgliedschaft Serbiens aus, solange die serbische Regierung nicht vollständig mit dem Haager Jugoslawien-Tribunal (ICTY) kooperiere und die Verhaftung der beiden noch flüchtigen Kriegsverbrecher Ratko Mladic und Goran Hadzic, die am Massaker von Srebrenica und weiteren Kriegsverbrechen in Bosnien beteiligt gewesen seien, ermögliche. Das Ergebnis der Verhandlungen war aber, dass die niederländische Regierung einen ersten Schritt Serbiens in Richtung EU-Vollmitgliedschaft akzeptierte, da sie sich in Europa nicht isolieren wollte. Aus diesem Grund

⁵ Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 23. März 2011.

⁶ Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 19. Mai 2011.

⁷ Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 23. März 2011.

akzeptierte auch die *Tweede Kamer* diese Lösung.⁸ Weitere Integrationsschritte wurden aber ausgeschlossen, um Druck auszuüben und sicherzustellen, dass die Verdächtigen vor Gericht gestellt würden. Allem Anschein nach war diese Strategie erfolgreich: Im Juni 2011 wurde der bosnisch-serbische Anführer Mladic nahe Belgrad verhaftet. Der Druck aus den Niederlanden, nicht zuletzt auch aus Schuldgefühlen über das Massaker von Srebrenica, hat dabei vielleicht eine Rolle gespielt: Mit der Verhaftung ist für Serbien der Weg zu EU-Mitgliedschaft frei.

Nicht weniger heikel ist das Thema der Verlängerung der Afghanistan-Mission, die zum Sturz der Vorgängerregierung geführt hatte. Der Ministerrat akzeptierte schlussendlich eine Ausbildungsmission mit 545 Mann nach Kundus im Norden und nach Kabul zur Konsolidierung des Rechtsstaats. Die *Tweede Kamer* tat sich mit dieser Entscheidung schwer: GroenLinks und ChristenUnie forderten von der Regierung mehr Garantien, u.a. dass die von den Niederländern ausgebildeten Polizisten nicht in Kampfhandlungen gegen die Taliban eingesetzt werden.⁹ Mit diesem Versprechen stellte die Regierung das Ja der Volksvertreter sicher, ungeachtet der Frage, dass diese Garantie allem Anschein nach im harten Alltag Afghanistans gegenstandslos ist.

Spannungen zwischen nationaler und europäischer Politik

Die andauernde euroskeptische Stimmung in den Niederlanden führt zu Widerstand gegen die Ausweitung europäischer Kompetenzen (z.B. in der Rentenpolitik). Im vergangenen Jahr gerieten die Niederlande außerdem bei Steuergesetzgebung, Immigration, Agrarwirtschaft und Umwelt mit Gesetzgebung und Richtlinien der EU in Konflikt.

Die Debatte über europäische Vorgaben für das Rentensystem, das sogenannte Grünbuch zu Pensionen und Renten, berührt Empfindlichkeiten der nationalen Politik. Das Rentensystem gilt als wichtige Errungenschaft des Sozialstaats. Die *Tweede Kamer* übte Druck auf den Minister aus und verabschiedete einen Antrag gegen die Brüsseler Einmischung in diesem Bereich.¹⁰ Ausgangspunkt sollte bleiben, dass jedes Mitgliedsland über die Einrichtung des nationalen Rentensystems selbständig entscheidet.

Die Europäische Kommission beanstandete außerdem das Vorgehen der niederländischen Regierung in einer Reihe von Fragen. Die EU-Kommission erhob sogar Klage beim Europäischen Gerichtshof wegen diskriminierender Steuergesetzgebung bezüglich Erbschafts- und Schenkungssteuer, unehrlicher Steuererhebung im Falle von Aktiengesellschaften, die ins Ausland ziehen, und ungerechtfertigter Bedingungen für ein selbständiges Aufenthaltsrecht im Falle einer Scheidung. Auch die europäische Forderung, bei mehr Bauprojekten die Folgen für die Umwelt untersuchen zu lassen, führte 2009 zum Gerichtshof und dies drohte auch 2011. Eine Überschreitung der nationalen Quote für Molkereiprodukte um 0,4 Prozent im vergangenen Jahr führte zudem zu einer Strafzahlung von mehr als 13 Mio. Euro. Zusätzlich forderte die Europäische Kommission fast 29 Mio. Euro an Agrarhilfe für die Produktion von Kartoffelmehl auf Grund mangelnder staatlicher Kontrolle zurück. Insgesamt zeichnet sich ab, dass der grassierende Populismus in der Innenpolitik niederländische Politiker dazu veranlasst, in der EU immer euroskeptischer aufzutreten.

⁸ Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 13. Oktober 2010.

⁹ Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 27. Januar 2011.

¹⁰ Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal, 9. November 2010.